

Offener Brief an

Frau Hannelore Kraft,
Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

Herr Ralf Jäger,
Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen

Mitglieder der Landesregierung NRW

Sehr geehrte Frau Kraft,
sehr geehrter Herr Jäger,
sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung Nordrhein-Westfalens,

wir unterzeichnenden Einzelpersonen und Gruppen sind schockiert und empört über den Umgang der Landesregierung mit dem Integrationsgesetz und der darin verankerten Wohnsitzauflage. Wir fordern von Ihnen, den von Ihnen eingeschlagenen integrationsfeindlichen Kurs zu ändern!

Wir kritisieren insbesondere zwei Punkte: Zum einen die rückwirkende Umsetzung der Wohnsitzauflage und zum anderen Ihre Bestrebungen, auch innerhalb von NRW einen Wohnsitzzwang einzuführen.

In NRW sind Zehntausende anerkannte Geflüchtete von der Rückwirkung der Wohnsitzauflage betroffen. Das Integrationsgesetz, welches am 06.08.2016 in Kraft getreten ist, gilt rückwirkend für diejenigen anerkannten Flüchtlinge, die seit dem 01.01.2016 und vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ihren gewöhnlichen Aufenthalt aus einem anderen Bundesland nach NRW verlegt haben. Diese Personen sollen nun zurück in die Bundesländer geschickt werden, in denen sie ihren Asylantrag gestellt haben.

Andere Bundesländer lehnen die rückwirkende Umsetzung der Wohnsitzauflage ab, da sie vermuten, "dass durch einen Rückumzug eine begonnene Integration unterbrochen würde" (Bund-Länder-Besprechung vom 26.10.2016. Titel: Wohnsitzzuweisung hier: Bund-Länder-Verständigung zum Umgang mit Rückwirkungsfällen HLT-RS 742/2016). Die anderen Bundesländer werten die Wohnungsnahme deshalb bereits als Grundlage für einen vorliegenden Härtefall und verhindern somit eine Vertreibung in andere Bundesländer.

Wir stimmen mit der Auffassung der anderen Bundesländer überein, dass eine rückwirkende Durchsetzung der Wohnsitzauflage integrationsfeindlich ist. Die Betroffenen zogen unter legalen Bedingungen nach Nordrhein-Westfalen. Das Land NRW erkennt jedoch lediglich als Härtefall an, wenn es sich bei den Betroffenen "um in einem Haushalt lebende Familien mit schulpflichtigen oder kleineren Kinder

handelt oder wenn ein Integrationskurs bereits begonnen wurde". (Erlass NRW Wohnsitzregelung vom 28.09.2016). Andere Gründe werden nicht akzeptiert. Viele von ihnen haben sich bereits für einen Integrationskurs angemeldet oder bemühen sich darum. Aber auch das reicht nicht für den Härtefallantrag.

Die Nichtanerkennung von Härtefällen bedeutet nun, dass Sie die Betroffenen rückwirkend "illegalisieren" müssen. Sie haben sich in den letzten Monaten in NRW ein neues Leben aufgebaut: haben eine Wohnung gefunden, sich eingelebt, haben einen Platz für ihre Kinder in Schulen und Kindergärten gefunden, haben einen Sprachkurs begonnen, haben nach Jahren der Trennung ihre Familien zusammengeführt, haben angefangen sich in der neuen Nachbarschaft einzuleben, Kontakte geknüpft und Freunde gefunden.

All das soll ihnen nun genommen werden! Betroffene sollen nun an Orte vertrieben werden, in denen sie Ablehnung und Feindschaft erlebt haben. Einige berichten von rassistischen Übergriffen in den Regionen, in denen sie ihren Asylantrag gestellt haben.

Was bedeutet vor diesem Hintergrund und diesen vielen ungewürdigten Bemühungen seitens der Betroffenen überhaupt noch das Wort "Integration"? Und wie weit planen sie eigentlich noch zu gehen, wenn es Ihnen nun kein Hindernis zu sein scheint, fragwürdige Regelungen einfach rückwirkend geltend zu lassen? Dies ist nicht nur widersprüchlich vor dem Hintergrund der geforderten Integration, sondern widerspricht auch gängiger Rechtspraxis.

Des Weiteren kritisieren wir, dass Sie durch eine Rechtsverordnung auf Grundlage des § 12a Absatz 9 AufenthG die Bewegungsfreiheit innerhalb von NRW ab kommendem Dezember einschränken wollen. Sie haben vor, Geflüchtete innerhalb von NRW einem bestimmten Wohnungsort zuzuweisen. Hierbei soll ein Verteilungsschlüssel für Gemeinden und Kommunen greifen. Wir lehnen diese Vorgehensweise ab!

Ein Wohnortzwang ist für uns nicht mit höherrangigem Recht vereinbar. Das Recht auf Freizügigkeit gilt für Flüchtlinge und subsidiär Geschützte nach Artikel 33 der EU-Qualifikationsrichtlinien. Der Europäische Gerichtshof entschied in einem Urteil vom 01.03.2016, dass eine Wohnortzuweisung aus fiskalischen Gründen weder mit EU-Qualifikationsrichtlinien und noch nicht mit der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar ist. Der Wohnortzwang führt dazu, dass Betroffene drei Jahre an einem Ort bleiben müssen, den sie nicht frei gewählt haben. Zu diesen drei Jahren kann zudem noch die lange (Warte-)Zeit bis zur Asylantragsstellung und Asylentscheidung addiert werden.

Wir verstehen zwar, dass einige Kommunen im besonderen Maße finanziell durch

die Wohnungsnahme Geflüchteter belastet werden, die Lösung dieses Problems kann aber nicht in einer Zwangsverordnung und Zwangszuweisung liegen. Hier müssen Alternativen gefunden werden, die den Menschen gerecht werden. Anstatt dass Sie Menschen innerhalb von NRW verteilen, sollten Sie unter den Kommunen die Geldmittel verteilen!

Wir fordern deshalb:

- Setzen Sie die Wohnsitzauflage nicht rückwirkend um! Alle Betroffenen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes nach NRW gezogen sind, sollen in NRW bleiben dürfen!
- Erkennen sie alle Dokumente von Betroffenen an, die beweisen, dass sie vor dem Inkrafttreten des Gesetzes nach NRW gezogen sind. Zurzeit wird in vielen Kommunen lediglich die Anmeldung beim Bürgerbüro angenommen. Viele der Betroffenen sind vor dem Stichtag in eine Kommune gezogen, haben aber lange auf einen Termin im Bürgerbüro warten müssen.
- Schränken sie die Bewegungsfreiheit innerhalb von NRW nicht ein! Alle Menschen sollen innerhalb von NRW entscheiden dürfen, wo sie leben wollen!

Unterzeichnende Organisationen, Parteien, Gruppen und Initiativen:

alles.anders. / antiautoritäre Gruppe Düsseldorf

Angekommen e.V.

Anwaltsbüro Alleestr., Bochum

Arbeitskreis der Kirchengemeinde St.Andreas "Willkommen in Velen"

Arbeitskreis Christy Schwundeck, Frankfurt am Main

Arbeitskreis "Willkommen in Velen" der Kath. Kirchengemeinde St. Andreas

AStA der Universität Duisburg-Essen

Ausbildung statt Abschiebung (AsA) e.V., vertreten durch die Vorsitzende Felicitas

Filiz Nacaroglu, Bonn

Asylkreis Schwalmatal

Begegnungscafé Lysa Bochum

Bergpartei, die Überpartei (B)

BGnE - Bochumer Gesellschaft für nachhaltige Entwicklung

Bochumer Forum für Antirassismus und Kultur e.V.

Bochumer Friedensplenum

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Bochum

Bündnis gegen Abschiebungen Münster

coffee to stay, Düsseldorf

Diakonie Mark-Ruhr

Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.

DIDF Jugend Bochum

Die Freedés / Garten Freede

Die Grünen im Rat der Stadt Bochum

DIE LINKE. Kreisverband Bochum

DIE LINKE. Kreisverband Duisburg

DIE LINKE. Kreisverband Düsseldorf

DIE LINKE. Kreisverband Unna

Die Pinguine. Tierrechtsgruppe Bochum
Eine Welt Zentrum Herne
Emanzipatorische Linke Bochum
Ev. Christus-Kirchengemeinde Dortmund
Ev. Stiftung Maßarbeit, Herford
Flüchtlingshilfe Lengerich e.V.
Flüchtlingshilfe Waltrop
Flüchtlingshilfe Werdohl
Flüchtlingshilfe Werther e.V.
Flüchtlingshilfe Velbert und Projekt Deutsch Lernen e. V.
Flüchtlingsrat Kreis Borken e.V.
Förderkreis Asyl Würselen e.V.
Förderverein für Flüchtlinge Ahlen
Förderzentrum für Flüchtlinge, Hagen
Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum
Grün-Alternative Liste Ennigerlohe
Grüne Hochschulgruppe Duisburg-Essen
Haus der Kirche Herberhausen
HaRiHo - Die Stadtteilerpartner (in Trägerschaft der Falken Bochum)
Initiativkreis Flüchtlingsarbeit Bochum
Integrationshaus e.V. Köln
Interkultur Ruhr
ibp - Institut für Betrieb und Personal, Bochum
Innere Mission - Diakonisches Werk Bochum e.V.
IFAK e.V. Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe - Migrationsarbeit
Kinder- und Jugendring Bochum e.V.
Kleeblatt Rheine e.V. Flüchtlingshilfe AG
Kreisverband Dortmund der Piratenpartei Deutschland
Kreisverband Essen der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)
Kulturzentrum Bahnhof Langendreer
LabourNet Germany
Landesjugendwerk der AWO NRW
LIB - Lirich ist bunt, Geflüchteteninitiative aus Oberhausen
Linke Liste an der Ruhr-Universität Bochum
Linke Liste Uni Duisburg-Essen
Linksjugend [solid] Bochum
MediNetzBonn e.V., Medizinische Beratungs- und Vermittlungsstelle für Flüchtlinge
Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum
Mülheimer Flüchtlingsrat e. V.
nedaje afghan - afghanischer aufschrei Düsseldorf
Netzwerk Flüchtlinge Dortmund
Netzwerk Stadt für Alle, Bochum
Netzwerk Steinkuhl, Bochum
Piratenpartei NRW, Kreisverband Bochum
Piratenfraktion im Landtag NRW
Plan B Ruhr e.V. Interkulturelle Kinder- und Jugendhilfe
ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.
Querenburger Netzwerk e.V.
Recht auf Stadt Netzwerk Ruhr

Refugee Strike Bochum
Refugee Strike Duisburg
Refugee Support Project des AStA der Hochschule Düsseldorf
Refugee Support Universität Duisburg-Essen
Refugees Welcome - Safe Port Duisburg
Ronahi - Zentrum für Deutsch - Kurdische Kultur- & Integrationsarbeit e.V., Bochum
Soziales Zentrum Bochum
STAY! Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative e.V.
think-act-resist (studentische Selbstorganisation, Düsseldorf)
tierbefreier Bochum
Train of Hope Dortmund e.V.
Treffpunkt Asyl Bochum
Umweltgewerkschaft e.V. Gruppe Essen
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Bochum
Verein zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in Hagen e.V.
welcome2Wuppertal
Worldbeatclub, Tanzen und Helfen e.V.
Zentrum für Sozial- und Migrationsberatung der Evangelischen Gemeinde zu Düren

Unterzeichnende Einzelpersonen:

Eduard Abbrent, Bochum
Patrik Absch, Bochum
Gültaze Aksevi, Mitglied des Rates des Stadt Bochum, DIE LINKE
Majada Al-Saqaff, Bochum
Hedwig Alpert, Bochum
Johanna Angona, Duisburg
Prisca Aupperle, Tönisvorst
Ingrid Barleben, Dortmund
Matthias Bau, Essen
Helmut Becker, Köln
Hajo Becker, Wetter (Ruhr)
Vijaya Begum, Bochum
Gabi Beleke, Bochum
Mira Berlin, Münster
Mirja Bloos, Bochum
Martha-Lina Bode, Bochum
Jörg Borchert, Herne
Helmut Born, Mitglied im Landesbezirksvorstand ver.di NRW
Annika Böttger, Hagen
Simone Brand, MdL Nordrhein-Westfalen
Esra Canpalat, Bochum
Gülseren Çelebi, Geschäftsführerin Plan B Ruhr e.V.
Bernd Claßen, Geldern
Christian Cleusters, Bochum
Dr. Günther Coen, Velbert
Sigrid Czyrt
Cora Daams, Essen

Sevim Dagdelen (MdB DIE LINKE, Beauftragte der Fraktion für Migration und Integration)
Siegfried Darga, Ennigerloh
Siegfried Darga, GAL Ennigerloh
Hannah de Vries, Dortmund
Hans Dehnen, Mühlheim
Ulrich Dethmers, Geldern
Conny Diallo, Bochum
Elmar Dirk, Duisburg
Monika Dittmar, Pauluskirche Hagen
Wolfgang Dominik, Bochum
Michael Dornieden, Bochum
Usama Durmuch, Bochum
Carlo Eichert, Bochum
Ralf Feldmann, Bochum
Jonas Fischer, Bochum
Jonas Fischer, Bochum
Dr. Gudula Frieling, St. Bonifatiusgemeinde Dortmund Mitte-Ost und Pro Asyl
Dörte Frisch, Velbert
Björn Fröhlich, Bochum
Frank-Peter Gebbers, Bochum
Heinz Gerd Schomaker, Osnabrück
Paul Gerhard Stamm, Dortmund
Prof. Dr. Eva Gerharz, Lehrstuhl für die Soziologie der Entwicklung und Internationalisierung, Ruhr-Universität Bochum
Daniela Gerlach, Wetter
Dietmar Gersema, Werther
Harry Gerson, Bochum
Dennis Giehmann (Sozialarbeiter/Sozialpädagoge, B.A.), Diakonisches Werk des evangelischen Kirchenkreises Duisburg, Fachstelle Migration und Flucht
Gerrit Greiß, Warstein
Lilli Grieshaber, Düsseldorf
Christian Haase, Hagen
Saradar Hajo, Bochum
Sebastian Hammer, Bochum
Bernd Hartmann, Herne
Dr. Heike Gottschalk, Meerbusch
Hanneke Hellmann
Helena Hellwig, Bochum
Ursula Hennig, Bünde
Norbert Hermann, Bochum-Prekär
Leonie Herrmann, Dortmund
Esra Herzog, Bonn
Toto Heymann, Bochum
Nina Hilgenböcker, Münster
Winfried Hoch, Werne
Karl-Heinz Hoffmann, Evangelischer Kirchenkreis Herne/Castrop-Rauxel, Eine Welt Zentrum Herne, Flüchtlingsreferat
Jürgen Hohlfeld, Würselen

Horst Hohmeier, Mitglied im Rat der Stadt Bochum, DIE LINKE
Carola Horn, Bochum
Jonas Horn, Bochum
Martin Horstkemper-Lindemann, Borgholzhausen
Hans Christoph Hudde, Bochum
Herbert Hudde, Witten
Barbara Hudde, Witten
Thea Jacobs, Bochum
Therese Kah, Dortmund
Sabine Kaldorf, Bonn
Jutta Kassing, Bochum
Dr. Katja Sündermann, Dortmund
Monique Kaulertz, Bochum
Herbert Keßler, Unna
Elizaveta Khan, Köln
Helga Klei
Rüdiger Klei
Johanna-Yasirra Kluhs, Duisburg, Interkultur Ruhr
Angelika Knoepker, Ahlen
Yvonne Kohlbrunn, Bochum
Thomas Köster, kath. Kirche, Bochum
Nele Kuhlmann, Bochum
Renke Kuhlmann, Bochum
Christina Kuper, Bochum
Jörg Kuper, Bochum
Falk Küppa, Bochum
Marie Kuster, Köln
Marcus Lamprecht, Grefrath
Ralf-D. Lange, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum
Ximena León, Bochum
Dario Levedag, Bochum
Christian Leye, Landesvorsitzender DIE LINKE.NRW
Gaby Lindemann, Borgholzhausen
Jens Lindemann, Konstanz
Renate Lorfeo, Straelen
Susann Löschenkohl
Eleonore Lubitz, Ratsfrau Linksfraktion Schwelm
Dorothea Lüke, Recklinghausen
Jan Lüttmann, Dortmund
Siw Mammitzsch, Essen
Almuth Maria Riedel, Bochum
Sinje Marx, Hagen
Julia Massolle, Essen
Guido Meincke, Interkultur Ruhr
Markus Menzel, Duisburg
Michael Mertins, Dortmund
Karina Meyer, Dortmund
Andrea Mobini Kesheh, Mülheim
Hildegard Modlmayr-Heimath, Borken

Christian Müller, Essen
Dominik Müller, freier Theatermacher, Dramaturg Impulse Theater Festival, Köln
Agir Mustafa, Bochum
Bernd Nachbar, Duisburg
Phuong Nam Viet Pham, Bochum
Patricia Naumann, Düsseldorf
Michael Niggemann, Bochum
Bernd Ohlmeier, Würselen
Elisabeth Olbing, Velen
Ahmad Omeirat, Ratsmitglied der Stadt Essen
Mersiha Pecenkovic, WorldBeatClub Tanzen und Helfen e.V.
Astrid Platzmann-Scholten, Die Grünen im Rat der Stadt Bochum
Elisabeth Probst, Bochum
Dors-Lothar Prokob, Bünde
Amid Rabieh, Kreissprecher DIE LINKE. Bochum
Bärbel Radmacher, Sprecherin des Flüchtlingsrates Dinslaken
Jesper Reddig, Münster
Patrick Ritter, Interkultur.Ruhr
Helga Röller, Frankfurt am Main
Dr. Sandrine Gukelberger, Ruhr-Universität Bochum
Dr. Sarah Potthoff, Ruhr-Universität Bochum
Sevim Sariatun, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum
Jos Schaefer-Rolffs, Bochum
Julia Scheurer, Bochum
Carla Scheytt, Bochum
Hendrik Schmidt, Essen
Lioba Schulte, Herberhausen
Dr. Gudrun Schäfer, Bochum
Katharina Schubert-Loy, Die Grünen im Rat der Stadt Bochum
Ludger Schulte-Roling, Coesfeld
Hans-Joachim Schwabe, Schwalmtal
Jeannine Schwemer, Bochum
Nina Selig, Bochum
Helga Siemens-Weibring, Beauftragte Sozialpolitik Diakonisches Werk Rheinland-
Westfalen-Lippe, Düsseldorf
Michael Sommer, Meinersen
Elisabeth Stamm
Karsten Steen, Köln
Karl Steiner, Recklinghausen
Niklas Steinkamp, Dorsten
Daria Stolfik, Bochum
Klaudia Stosio, Verl
Doris Strassburger
Dipl.-Ing. Susanne Damarani, Essen
Nina Tacke, Duisburg
Mareike Theile, Köln
Jonas Thiele, campus:grün, Köln
Volker Töbel, Dortmund
Burcu Tuna, Münster

Peter Ubachs, Castrop-Rauxel
Gaby Utgenannt, Bochum
Rolf van Raden, Bochum
Bernd Vössing, Bochum
Philipp Wachsmann, Bochum
Christian Wagemann, Duisburg
Marietta Wagner, Ahlen
Lisa Walter, Bochum
Martina Weber, Leverkusen
Petra Weiler, Bochum
Maren Wenzel, Duisburg
Vivien Wetzels, Essen
Thomas Wild, Schwerte
Doro Will, Meerbusch
Dieter Wirdeier, Waltrop (Flüchtlingshilfe Waltrop)
Benno Wobbe, Bochum
Andreas Wolf, Bielefeld
Prof. Wolfgang Richter, Dortmund
Saskia Wroczynski, Essen
Friedhelm Zawatzky-Stromberg, Diakonie Dortmund
Hubertus Zdebel, Münster, MdB DIE LINKE